

Evangelische Verantwortung

Der Wald und die deutsche Forstpolitik

Jochen Borchert

Der Wald ist ein unverzichtbarer Teil unseres Lebens. Er gehört zur Natur und prägt weite Teile unseres Landes. Wir alle verbinden Wald mit unserer Heimat. Wald und Baum haben auch Literatur und Malerei vielfältige Anregungen geliefert. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, hat einmal gesagt: „Holz ist ein einsilbiges Wort, aber dahinter verbirgt sich eine Welt der Märchen und Wunder.“ Es erstaunt daher nicht, daß wir Deutsche eine besonders innige Beziehung zum Wald haben.

Der Schutz des Waldes und der Umwelt sind heute zum zentralen Anliegen unserer Bevölkerung geworden. Unser grundlegendes Ziel muß also sein, die uns anvertraute Schöpfung zu bewahren.

Die Forstwirtschaft hat hier Vorbildcharakter: Sie hat bereits vor 200 Jahren das Prinzip der Nachhaltigkeit entwickelt und zur Grundlage des forstlichen Handelns gemacht. Danach darf jährlich nicht mehr Holz eingeschlagen werden, als auch tatsächlich zuwächst.

Dieses Prinzip war beispielgebend auch für andere Wirtschaftsbereiche. Eine auf Stabilität und Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsweise ist heute das Schlüsselwort in der internationalen



Foto: Nahler aus: Der Gemeindebrief

Diskussion über Umwelt und Entwicklung. Die Forstwirtschaft hat mit der nachhaltigen und naturnahen Waldbewirtschaftung Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung in Einklang gebracht. Sie hat damit schon früh den Grundstein dafür gelegt, daß die Wälder ihre vielfältigen Aufgaben auf Dauer erfüllen können.

Funktion des Waldes

Im Laufe der Zeit haben sich die Ansprüche der Menschen an den Wald verändert. Früher standen wirtschaftliche Nutzungen wie Bauholz, Brennholz und Harzgewinnung im Vordergrund.

Auch heute noch ist der Wald als Produktionsstätte des stetig nachwachsenden und umweltfreundlichen Rohstoffes Holz eine wichtige Einkommensquelle für Waldbesitzer und die im Forst Beschäftigten. In neuerer Zeit haben daneben **Schutz- und Ausgleichsfunktionen** des Waldes an Gewicht gewonnen. Er trägt zur Sicherung unverzichtbarer Naturgüter bei und dient zahlreichen Tier- und Pflanzenarten als Lebens- und Rückzugsraum.

Gleichzeitig ist die Bedeutung des Waldes als **Erholungsraum** für den Menschen immer größer geworden. Millionen suchen hier die Entspannung und das Naturerlebnis. Viele suchen die Ruhe des Waldes zur inneren Einkehr.

Der Erhaltung und Bewirtschaftung der Wälder kommt daher eine herausragende Bedeutung zu. Ziel meiner Forst-

Inhalt

- 3 Maßnahmen für eine zukunftsverträgliche Entwicklung im Klimaschutz**
- 5 Konzertierte Aktion im Umweltschutz**
- 10 Vor dem Wald stirbt der Mensch!**
- 13 Kurz notiert**
- 14 Aus unserer Arbeit**

politik ist es, die Leistungsfähigkeit des Waldes zum Nutzen von Mensch, Tier und Umwelt zu bewahren.

Wir wollen eine ordnungsgemäße Forstpolitik, die

- die Stabilität des „Ökosystems Wald“ sichert,
- seine biologische Vielfalt erhält,
- den Waldbestand vermehrt sowie
- die Funktions- und Nutzungsfähigkeit des Waldes stärkt.

Der weltweit anhaltende Rückgang von Flächen mit unberührter Natur und die Bedrohung der Wälder durch Raubbau und Immissionen lassen auch in Deutschland den Ruf lauter werden, die wirtschaftliche Nutzung der Wälder aufzugeben.

Dies geht nicht. Wir brauchen den Wald als Rohstofflieferant und als Naturregion.

Denn unbewirtschaftete Wälder allein könnten in unserem dicht besiedelten Land die von Wirtschaft und Bevölkerung geforderten Funktionen nicht erfüllen.

Konzept der nachhaltigen Forstwirtschaft

Mit unserem Konzept der nachhaltigen Forstwirtschaft hingegen werden alle diese Funktionen auf der gesamten Waldfläche erfüllt. Großräumige Reserveflächen, die nur der Erbringung einer speziellen Waldfunktion, beispielsweise nur dem Naturschutz oder nur der Holzproduktion dienen könnten, stehen in Deutschland nicht zur Verfügung.

Zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die Waldwirtschaft und zur Sicherung lebensfähiger Forstbetriebe setzt die Bundesregierung vielfältige Maßnahmen der

Der deutsche Wald
Aus dem Nationalen Waldbericht

- 10,8 Millionen Hektar der Fläche Deutschlands sind mit Wald bedeckt; das sind 30 % der Landesfläche
- 18 % der Bäume* sind über 100 Jahre alt; 1,3 % sind älter als 160 Jahre
- Der Wald besteht zu 66 % aus Nadelbäumen (darunter 33 % Fichten und 28 % Kiefern) und zu 34 % aus Laubbäumen (darunter 14 % Buchen und 9 % Eichen)
- 68 % des Waldes* sind Mischbestände (Nadel- und Laubbäume)
- Der Wald wird größer: Jährlicher Holzeinschlag 4 Kubikmeter je Hektar – jährlicher Zuwachs 6 Kubikmeter je Hektar
- 23 % der Waldfläche in Westdeutschland und 29 % der Waldfläche in Ostdeutschland sind deutlich geschädigt (Schadstufen 2-4)
- 5 % der Wälder stehen unter Forst- oder Naturschutzrecht; außerdem Landschaftsschutzgebiete (3,6 Mio. ha = 33 % der Waldfläche) und Naturparks (2,7 Mio. ha = 25 %)

*alte Bundesländer

Wirtschafts-, Verkehrs-, Agrar-, Sozial- und Steuerpolitik ein. So werden neben forstwirtschaftlichen Investitionen und Wegebau verstärkt auch die **Erstaufforstungen**, also die Umwandlung bisher landwirtschaftlicher Flächen in Waldgebiete, unterstützt. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Rohstoffes Holz ist vor allem auch aus ökologischen Gründen erforderlich. Holz ist im Gegensatz zu seinen Konkurrenzprodukten umweltfreundlich. Es ist ein nachwachsender und vollständig wiederverwertbarer Rohstoff.

Zur umfassenden Bewertung der Umweltvorteile von Holz werden daher auch vordringlich Ökobilanzen über den gesamten Zyklus - vom Baum über einzelne Verarbeitungsstufen zum Endprodukt und dessen Entsorgung - erstellt.

Holz hat ökologische Vorteile, die auch im Bereich der Abfallgesetzgebung und bei den Vorschriften zur thermischen Verwertung von Stoffen Berücksichtigung finden müssen.

Neben den forstpolitischen Maßnahmen zur Sicherung des Waldes hat die Verbesserung der ökologischen Rahmenbedingungen eine große Bedeutung.

Der politische Handlungsschwerpunkt liegt hierbei auf der weiteren Verringerung von Schadstoffeinträgen in den Wald. Besonders wichtig bleibt die Minimierung der Schadstoffemissionen aus Industrie- und Energieerzeugungsanlagen sowie dem Straßenverkehr.

Gleichzeitig unterstützt unsere Forstpolitik die Forstbetriebe, eine flächendeckende Umsetzung der naturnahen Waldbewirtschaftung vorzunehmen. Grundprinzipien einer solchen Wirtschaftsweise sind u.a.:

- Verzicht auf Kahlschläge,
- die standortgerechte Baumartenwahl,
- der Vorrang von Naturverjüngungsverfahren,
- vielfältige und stufige Gestaltung der Waldränder und
- der Aufbau ungleichaltriger Mischbestände.

Die Forstwirtschaft kann aber nur dann stabile und funktionsfähige Wälder erhalten, wenn sie wirtschaftlich auf sicheren Füßen steht. Sie muß Holz verkaufen und Gewinne erzielen können. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Holzproduktion zu erhöhen und die Holzverwendung zu fördern.

Aus diesem Grund geht der Slogan: „Schont den deutschen Wald: Baum ab - Nein danke“ genau in die falsche Richtung. Jeder, der unseren Wald erhalten, ihn schützen möchte, sollte gerade mehr heimisches Holz verwenden.

Denn derzeit haben wir nicht genug Absatzmöglichkeiten für unser Holz.

Verhinderung von Umweltschäden

Die Bemühungen zum Schutz unserer Wälder können jedoch nicht vor den nationalen Grenzen Halt machen. Die zunehmende Gefährdung der Wälder weltweit erfordert entschlossenes internationales Handeln. Walderhaltung, nachhaltige Waldbewirtschaftung und grenzüberschreitende Verhinderung von Umweltschäden stehen bei meinen internationalen Bemühungen im Vordergrund. Deutschland wirkt dazu in den entsprechenden Gremien der Vereinten Nationen mit und unterstützt die Umsetzung der Beschlüsse aus der Rio-Umwelt-Konferenz. Mein besonderes Augenmerk richtet sich dabei mittelfristig auf die Verabschiedung einer rechtsverbindlichen Weltwaldkonvention. Sie soll als Grundlage für eine weltweite nachhaltige Waldbewirtschaftung und -entwicklung dienen und internationale Wettbewerbsgleichheit herbeiführen. Sie sollte sich nicht auf die Tropenwälder beschränken, sondern alle Wälder der Erde umfassen.

Auch die Industrieländer sollen damit ihre Verpflichtungen - Schutz der eigenen Wälder, insbesondere vor Emissionen, Beachtung der Nachhaltigkeit - anerkennen. Rund um den ganzen Erdball ist die Forstwirtschaft aufgefordert, mit einer pfleglichen, umsichtigen Nutzung für die Erhaltung und den Schutz unserer Wälder einzutreten. Denn ohne Wald werden wir auf dieser Erde nicht überleben können. Das muß unser forstpolitischer Maßstab und Auftrag sein. Das bedeutet, im Sinne der Bewahrung der Schöpfung zu handeln. ■

Anm.:

Jochen Borchert,
Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten,
ist Bundesvorsitzender des EAK

Maßnahmen für eine zukunftsverträgliche Entwicklung im Klimaschutz

Angela Merkel

In Berlin will die internationale Gemeinschaft fortsetzen, was sie mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) im Sommer 1992 in Rio de Janeiro begonnen hat: Den Schutz der Erdatmosphäre vor gefährlichen vom Menschen verursachten Klimaveränderungen voranzutreiben. Dazu haben in Rio mehr als 160 Staaten die Klimarahmenkonvention gezeichnet, die mittlerweile rund 120 Länder auch ratifiziert haben. In Berlin treffen sich nun die Vertreter dieser Staaten, um darüber zu beraten, ob die Verpflichtungen der Konvention ausreichend sind, deren Ziele auch zu erreichen.

Schmelzende Gletscher in den Alpen, eine Ausweitung der Dürregebiete in Nordafrika und austrocknende Stauseen auf der iberischen Halbinsel zeigen schon heute drastisch, mit welchen Schwierigkeiten die Menschen zu kämpfen haben werden, wenn nicht rasch überzeugende **Maßnahmen zum Klimaschutz** getroffen werden. Gar zur Existenzfrage wird die Bekämpfung des anthropogen verursachten Treibhauseffektes für die kleinen Inselstaaten (AOSIS), die bei einem Abschmelzen der großen Eiskappen an Nord- und Südpol schnell „Land unter“ melden müßten. Der Hoffnung auf eine Ausweitung der Anbauflächen, etwa in den unwirtlichen Weiten Sibiriens, steht die Befürchtung gegenüber, daß die heutigen Kornkammern der Welt im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten und in Kanada austrocknen und zu Wüste werden könnten.

Klimaschutz ist, mehr noch als andere Aufgaben des Umweltschutzes, nur glo-

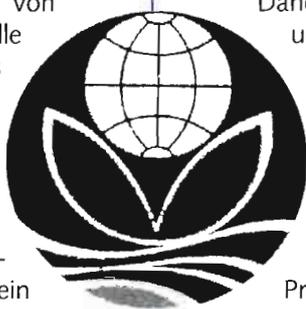
bal erfolgreich zu betreiben. Deshalb wurde auf der UNCED die Klimarahmenkonvention zur Zeichnung ausgelegt, die als einen ersten Schritt von den Industriestaaten verlangt, ihre Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 zurückzuführen. Ein Nichtüberschreiten dieses Niveaus nach 2000, d.h. eine „Stabilisierung“, oder eine weitere Reduzierung sieht die Konvention bislang nicht vor. Freiwillig hat sich Deutschland schon damals verpflichtet und in mehreren Kabinettsbeschlüssen bekräftigt, seine Kohlendioxid-Emissionen national bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent verglichen mit dem Jahr 1987 zu vermindern. Die Europäische Union als ganzes verfolgt immerhin das Ziel, ihren CO₂-Ausstoß auf dem Niveau von 1990 bis zur Jahrtausendwende zu stabilisieren, dieses Niveau also auch nach 2000 jedenfalls nicht zu überschreiten.

Klimaschutz global betreiben

Die Industrieländer, gemeint sind die OECD-Mitglieder sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten, sind sich weitgehend einig darin, daß ihre Verpflichtungen im Rahmen der Konvention (also nur Rückführung, keine Stabilisierung der Emissionen), nicht ausreichen, um eine gefährliche Störung des Klimasystems zu verhindern. Ihnen sowie natürlich auch den Entwicklungsländern ist jedoch gleichzeitig das Interesse gemeinsam, das wirtschaftliche Wachstum nicht zu gefährden. Es gilt also, in der Zukunft eine der Gesetzmäßigkeiten der Industrialisierung seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu durchbrechen: Wirtschaftswachstum war stets auch mit steigendem Energieverbrauch verbunden.

Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung

Die widerstreitenden Interessen von Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung haben schon die Verhandlungen im Vorfeld der Berliner Konferenz sehr erschwert. Alle Erwartungen, daß sich die internationale Gemeinschaft rasch auf einschneidende Maßnahmen zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen einigen könnte, erscheinen daher aus deutscher Sicht unrealistisch. Die Bundesregierung strebt deshalb eine Einigung über die Stabilisierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf der Basis der Emissionen von 1990 durch alle Industriestaaten an. Dies hatten Deutschland und die Europäische Union schon während der Aushandlung der Konvention stets nachdrücklich, letztlich aber vergeblich gefordert. Die Stabilisierung ist ein wichtiger Schritt, um nach der Jahrtausendwende einen erneuten CO₂-Anstieg in den OECD- sowie den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verhindern.



Dazu werden aber weitere Verhandlungen in Berlin notwendig sein, wichtige Industrieländer, wie die Vereinigten Staaten, Japan, Neuseeland und Australien, haben schon deutlich gemacht, daß sie zur Zeit nicht bereit sind, eine solche Stabilisierungsverpflichtung zu übernehmen. Aus Furcht, auch an sie könnten bald Forderungen gestellt werden, dringen so wichtige Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien ebenfalls nicht mehr auf anspruchsvolle Maßnahmen seitens der Industrieländer. Dies war in Rio noch anders.

Weiterentwicklung der Rahmenkonventionen

Grundsätzliches Ziel muß es jedoch sein, nicht nur die Treibhausgas-Emissionen zu stabilisieren, sondern sie zu reduzieren. Die Bundesregierung hält die Weiterentwicklung der Rahmenkonvention durch ein Klimaprotokoll mit konkreten Zielen und Maßnahmen hinsichtlich aller Treibhausgase für einen zentralen Baustein des internationalen Klimaschutzes.

Sie hat deshalb den Vorstoß der kleinen Inselstaaten begrüßt, die für Berlin den Entwurf eines Klimaprotokolls vorgelegt haben, und hat ergänzende und weiterführende Vorstellungen für ein solches Protokoll vorgelegt. Mit dem AOSIS-Protokollentwurf und unseren ergänzenden Elementen liegen weitreichende Vorschläge vor, die allerdings bei den übrigen Staaten bislang auf Widerstand gestoßen sind. Es ist nahezu ausgeschlossen, bis zur 1. Vertragsstaatenkonferenz die notwendige Unterstützung von rund 80 Staaten für die Annahme eines Protokolls zu erhalten.

Daher setzen sich Deutschland und die EU für einen möglichst konkreten Auftrag für Verhandlungen über ein Klimaprotokoll ein. In diesem Verhandlungsmandat sollen nach deutschen Vorstellungen schon Vorgaben zum Inhalt des Protokolls sowie ein Zeitziel für den Abschluß der Verhandlungen (vorzugsweise die 3. Vertragsstaatenkonferenz 1997) enthalten sein.

Deutschland fordert in seinem Elementepapier zu dem Protokollentwurf der kleinen Inselstaaten alle Industriestaaten auf, sich zu verpflichten, nicht nur bis zum Jahr 2000 die Treibhausgas-Emissionen zu stabilisieren, sondern den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen wie Methan und Distickstoffoxid nennenswert zu vermindern. Ein Klimaprotokoll sollte aus deutscher Sicht neben Mengen- und Zeitzielen auch die Vereinbarung konkreter politischer Schritte und Maßnahmen enthalten. Das Papier enthält beispielsweise Vorschläge, welche Schritte im Energie- und Verkehrsbereich, in Land- und Forstwirtschaft sowie hinsichtlich der klimarelevanten Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), welche die ozonschichtschädigenden FCKW abgelöst haben, getan werden sollten. Zu den konkreten Maßnahmen gehören beispielsweise eine Verbesserung der Energieeffizienz von Großfeuerungsanlagen, Heizungen und Haushaltsgeräten sowie die Vermeidung unnötigen Verkehrs und die Verkehrsverlagerung. Außerdem sollte nach Ansicht der Bundesregierung der

durchschnittliche Kraftstoffverbrauch neu zugelassener Pkw bis zum Jahr 2005 schrittweise auf fünf Liter je 100 Kilometer verringert werden.

Unkonventionelle Wege

Bei der Erfüllung etwaiger Reduktionsverpflichtungen durch die einzelnen Staaten sind auch unkonventionelle Wege denkbar. So ist bereits in der Konvention die Möglichkeit genannt, „Politiken und Maßnahmen auch gemeinsam durchzuführen“. Diese „Joint Implementation“ bedarf jedoch gewisser Kriterien, über welche die 1. Vertragsstaatenkonferenz in Berlin beraten und entscheiden muß, bevor das Konzept angewendet werden kann. Grundsätzlich versteht man darunter die Möglichkeit, daß ein Staat auf fremdem Hoheitsgebiet die Verminderung von Treibhausgas-Emissionen finanziert.

Strittig ist nicht zuletzt unter den Industriestaaten selbst, ob so erzielte Reduktionen auf die Verpflichtungen im eigenen Land angerechnet werden sollen. Dies lehnen etwa die Entwicklungsländer strikt ab, die befürchten, die Industriestaaten wollten an ihrem Lebensstil ungeniert festhalten und sich andernorts von ihren Verpflichtungen freikaufen. Dabei wird einerseits das Reduktionspotential von „Joint Implementation“ erheblich überschätzt, denn das Gros der Maßnahmen muß trotzdem im Inland umgesetzt werden, und andererseits verkannt, daß solche Investitionen in den Klimaschutz im Ausland ebenfalls Wohlstandsverluste im Inland mit sich bringen. Darüber hinaus hätten die Entwicklungsländer durch Technologie- und Know-how-Transfer, Devisenzufluß oder auch verbesserte Infrastruktur erhebliche Vorteile zu verzeichnen.

Die Verfechter des Konzepts verweisen zudem darauf, daß es ökonomisch und ökologisch sinnvoll sei, die Verminderung dort durchzuführen, wo man mit dem eingesetzten Geld am meisten erreicht. Statt effiziente neue Kohlekraftwerke in Deutschland für sehr viel Geld weiter nachzurüsten, um nur noch relativ geringe Verbesserung beim CO₂-Ausstoß zu erzielen, könnte bei der Anwendung von „Joint Implementation“ das gleiche Geld zur Umrüstung

Konzertierte Aktion im Umweltschutz

veralterter Kraftwerke etwa in Osteuropa verwendet werden. Die Kohlendioxidbilanz würde damit weltweit weitaus stärker entlastet. Die Bundesregierung hat dabei stets eine restriktive Auslegung des Konzepts vertreten: Gemeinsame Umsetzung soll nicht auf die bestehenden Verpflichtungen in der Konvention, sondern nur auf künftige, weiterreichende Verpflichtungen zur Verminderung von Emissionen angewandt werden. Außerdem soll immer ein festzulegender Teil der Reduzierungsverpflichtungen in den Industriestaaten selbst umgesetzt werden.

Angesichts der unterschiedlichen Interessen in Industriestaaten und Entwicklungsländern wird man sich in Berlin vermutlich bestenfalls auf eine Pilotphase einigen, um „Joint Implementation“ in der Praxis zu testen. Deutschland strebt an, möglichst bald in bilateraler Zusammenarbeit erste Pilotprojekte umzusetzen. Dazu bedarf es aber auch des Engagements der Wirtschaft.

Deutschland kann bei dem Ziel, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent zu verringern, schon beachtliche Fortschritte aufweisen. So sank der CO₂-Ausstoß verglichen mit 1987 bis 1993 um annähernd 15 Prozent. Daran hat allerdings der Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft in Ostdeutschland entscheidenden Anteil. In den alten Bundesländern blieben die Emissionen nahezu konstant, jedoch verringerte sich der Pro-Kopf-Verbrauch, da im gleichen Zeitraum mehr Menschen als früher in Westdeutschland lebten.

Seit Jahren schon ist es also in der Bundesrepublik gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abzukoppeln, d.h. bei steigender Wirtschaftsleistung blieb der Energieverbrauch insgesamt mehr oder weniger konstant. Dieser Weg muß konsequent weiter beschritten werden. Nur wenn wir es schaffen, im eigenen Land zu zeigen, wie auch anspruchsvoller Klimaschutz mit Wirtschaftswachstum zu vereinbaren ist, werden wir auch unsere Partner überzeugen können, diesen Weg einzuschlagen. ■

Anm.: Dr. Angela Merkel ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Gerhard Voss

Um zu einem Austausch zwischen ökonomischen Entwicklungen und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu gelangen, müssen die gesellschaftlichen Gruppen, die Bürger, die Wirtschaft und der Staat eng zusammenwirken. Wichtig ist aber auch, daß die internationale Dimension der ökologischen Belastungen einbezogen werden. Gerade auch aus entwicklungspolitischer Sicht ist das Wohlstandsmodell der Industrieländer korrekturbedürftig.

Umweltpolitik bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie. Allgemein betrachtet darf die Umweltpolitik das Wirtschaftswachstum als treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung nicht beeinträchtigen. Gleichzeitig muß sie aber die „zerstörerischen“ Wirkungen des Wachstums begrenzen, was seinerseits Wachstumsspielräume einschränkt und eine neue Entwicklungsrichtung fordert. Hinzukommen muß die Bereitschaft der Bürger, auf individuelle Ansprüche zugunsten des „Gemeinwohlinteresses Umweltschutz“ zu verzichten.

Nun kann sich die Bundesrepublik Deutschland rühmen, eines der Länder zu sein, in denen das Umweltbewußtsein der Bürger besonders ausgeprägt ist. Nach den einschlägigen demoskopischen Erhebungen wird der Umweltschutz von den Bürgern zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben gerechnet. Allerdings ist diese Bewußtseinslage ebenfalls von dem genannten Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie bestimmt. Denn Umweltbewußtsein artikuliert sich bei uns oft mehr im Sinne eines wachstumsorientierten Anspruchsdenkens. Überspitzt ausgedrückt: Es wird nicht etwa „Nullwachstum“ zum Schutz der Umwelt gefordert, sondern Umweltschutz zum

„Nulltarif“ erwartet. Wenn er vorankommen soll, dann muß aber ein wachsender Teil des Sozialprodukts zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen abgezweigt werden. In der Bundesrepublik Deutschland werden jährlich ungefähr 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Umweltschutz ausgegeben. Das ist im internationalen Vergleich relativ viel. Von den westlichen Industrieländern gibt nur noch Dänemark mit 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mehr für den Umweltschutz aus. Die USA liegen bei 1,6 Prozent, Japan sogar nur bei 1,3 Prozent. Gemessen an den großen und vielfältigen Aufgaben des Umweltschutzes sind diese Prozentsätze nicht ausreichend.

Neues Leitbild

Das leitbildhafte Ziel, das Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen soll, wird heute mit dem Schlagwort Sustainable Development umschrieben. Die deutsche Variante lautete: nachhaltiges Wachstum oder zukunftsfähige Entwicklung. Die verschiedensten nationalen und internationalen Gremien sowie Unternehmen und deren Organisationen sind dabei, verbindliche Ziele und Programme für eine nachhaltige, zukunftsverträgliche Entwicklung zu entwerfen. Auch der UN-Umweltgipfel in Rio de Janeiro im Juni 1992 stand unter dieser Formel. Dort wurde auch die Klimakonvention verabschiedet, deren erste „Vertragsstaaten-Konferenz“ vom 28. März bis 7. April in Berlin stattfindet. Auf dieser Konferenz geht es ganz konkret um Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, um Klimaveränderungen auf der Erde vorzubeugen.

Bereits 1987 hatte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in ihrem Abschlußbericht (Bundtland-Bericht) das Prinzip der Nachhaltigkeit als Leitvorstellung für die wirtschaftliche Ent-

wicklung formuliert. Ursprünglich stammt dieses Prinzip aus der Forstwirtschaft, wo es auch praktiziert wird. Hier gilt die Regel, daß der jährliche Holzeinschlag nicht größer sein soll als die nachwachsende Holzqualität. In dem Bundtland-Bericht wird der Begriff formuliert als eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Die jetzt lebende Generation soll also darauf achten, daß wirtschaftliches Tun nicht die Lebenschancen ihrer Enkel und Urenkel begrenzt.

Management-Regeln

Die UmweltökonomInnen haben anhand des Nachhaltigkeitsprinzips drei „Ma-

ökologische Grenzen einhalten. Eine Umweltpolitik, die dem Vorsorgeprinzip folgt, versucht diese Regel umzusetzen.

3. Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen ist nur soweit erlaubt, wie spätere Generationen durch den Verbrauch nicht schlechtergestellt werden. Es muß also der Bestand an Ressourcen, etwa durch die Zunahme erneuerbarer Quellen, gleich bleiben.

Über die beiden ersten Regeln besteht im Grundsatz Konsens, wenn auch die Umsetzung in die praktische Politik Schwierigkeiten bereitet. So ist zum Beispiel die Nutzung der regenerativen Energiequellen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse mit vielen ungelösten ökonomischen und ökologischen Pro-

Die Industrieländer bestreiten heute mit 24 Prozent der Bevölkerung mehr als drei Viertel des Weltenergieverbrauchs. Mit knapp 7 Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) im Jahr ist ihr pro-Kopf-Verbrauch fast zehnmals höher als in den Entwicklungsländern.

Sustainable Germany

Was müßte geschehen, um Deutschland dem Leitbild des Sustainable Developments anzupassen? Die holländische Gruppe der internationalen Umweltschutzorganisation „Freunde der Erde“ gibt Hinweise. Sie hat den Versuch gemacht, für ihr Land die Bedingungen einer dauerhaften umweltgerechten Entwicklung zu formulieren. Die St... „Sustainable Netherlands“ baut auf zwei methodischen Schritten auf:

Ökologische Klassen der Weltbevölkerung, 1992

	Konsumentenklasse 1,1 Milliarden	Mittelklasse 3,3 Milliarden	Arme 1,1 Milliarden
Ernährung	Fleisch, Fertiggerichte, industriell hergestellte Getränke	Getreide, Trinkwasser	zuwenig Getreide, ungereinigtes Wasser
Fortbewegung	Pkw	Fahrrad, Bus	zu Fuß
Ge- und Verbrauchsmaterialien	Wegwerfprodukte	haltbare Güter	lokale Biomasse

Quelle: Worldwatch-Institut

1. Zunächst wird ein globaler „Umweltraum“, der die lebenswichtigen Ressourcen der Erde umfassen soll, abgeschätzt. Für die verschiedenen Umweltbereiche Energie, Rohstoffe, Wasser, Holz und landwirtschaftliche Fläche wird ausgerechnet, auf wieviele Ressourcen jeder Holländer gerechterweise im Jahr 2010 Anspruch hat. Wenn im Jahr 2010 sieben Milliarden Menschen leben und alle gleichgestellt sind, dann stünde jedem Holländer jährlich

nagementregeln“ entwickelt, an denen sich die Umweltpolitik künftig ausrichten soll:

1. Die Abbauraten erneuerbarer Ressourcen darf ihre Regenerationsrate nicht überschreiten. Es soll zum Beispiel Biomasse nur in dem Maße genutzt werden, wie auch wieder nachwächst. Damit werden vor allem auch der intensiven Landwirtschaft ökologische Grenzen gesetzt.
2. Die Stoffeinträge in die Umwelt dürfen die Belastbarkeit der Ökosysteme nicht überschreiten. Das heißt, die Emissionen aus den Fabrikschornsteinen oder die Abfallströme müssen

blemen verbunden. Noch schwieriger ist die Feststellung der Belastbarkeit der Ökosysteme zur Anwendung der zweiten Regel. Die entscheidende, uns in Zukunft besonders belastende Regel bezieht sich auf die nicht erneuerbaren Ressourcen, auf denen unser Lebensstandard heute zum überwiegenden Teil beruht. Wenn wir diese Regel ernst nehmen, dann leben wir zumindest in den westlichen Industrieländern weit über unsere Verhältnisse. Dazu folgende Fakten: Auch in der Bundesrepublik Deutschland decken wir den überwiegenden Teil des Energieverbrauchs durch die nicht erneuerbaren Energieträger Kohle, Öl und Gas, ohne auf die Reichweite dieser Ressourcen zu achten.

zur Verfügung:

- 4 Tonnen CO₂-Emissionen (minus 60 Prozent)
- 2 Kilogramm Aluminium (minus 80 Prozent)
- 80 Liter Haushaltswasser pro Tag (minus 40 Prozent)
- 0,25 Hektar Agrarfläche (minus 45 Prozent)
- 0,4 Raummeter Holz (minus 65 Prozent)

2. Unter Berücksichtigung des festgelegten Umweltraumes werden in einem zweiten Schritt Konsummuster entwickelt, die dem verminderten Ressourcenverbrauch angepaßt sind.

Dabei ist Sparen in allen Lebensbereichen angesagt. Eine entsprechende Studie für Deutschland wird derzeit im Auftrag vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Misereor vom Wuppertaler Institut für Klima Umwelt Energie GmbH angefertigt.

Gefahren

Hinter diesen Formulierungsversuchen für nachhaltige Entwicklungsprozesse stehen allerdings auch Probleme, die auch die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft betreffen. Schon der erste Schritt der holländischen Studie, die Berechnung des „Umweltraumes“, ist eher willkürlicher oder einseitig wertbezogener Festlegungen. So kann man sicherlich lange darüber streiten, welche Bevölkerungszahl einer nachhaltigen Entwicklung angemessen ist. Sind es tatsächlich nur die sieben Milliarden Menschen, die nach einschlägigen Prognosen im Jahr 2010 auf der Erde leben werden und als Richtwert der holländischen Studie zugrunde gelegt werden? Sind nicht auch mit einer solchen Bevölkerungszahl Überlastungen der Naturhaushalte wahrscheinlich, oder können nicht die ökologischen Belastungsgrenzen durch den technischen Fortschritt so weit verschoben werden, daß noch mehr Menschen auf der Erde ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden kann?

Nicht minder willkürlich ist die Abgrenzung des energetischen Umweltraumes in der holländischen Studie: Bestimmte Energieträger wie die Kernenergie werden aus ideologischen Gründen ausgeklammert. Noch problematischer ist der zweite Schritt der Studie, mit dem die Felder Wohnen, Ernähren sowie Erholen und Freizeit ausgelotet werden. Diese Ausführungen zum „nachhaltigen Konsum in den Niederlanden“ enthalten sicherlich viele Anregungen für einen umweltgerechten Lebensstil. Sie können mit ihren Empfehlungen für den Gebrauch einzelner Stoffe oder der Nutzung bestimmter Verkehrssysteme aber keine allgemeingültigen Orientierungen bieten. Dazu müßten für die einzelnen Vorschläge abgesicherte Ökobilanzen vorgelegt werden.

Die konsumlenkenden Ambitionen, die sich aus der niederländischen Studie ableiten lassen, zeigen die ordnungspolitischen Probleme der heutigen Diskussion um das Leitbild der Sustainable Developments besonders gut auf. Mit der Darlegung angeblich umweltgerechter Konsummuster wird ohne gesicherte wissenschaftliche Meßkonzepte und durch allgemeingültige Bewertungsmaßstäbe individuelles Verhalten wie in einer Planwirtschaft vorgeschrieben. Hinter der Festlegung solcher Konsummuster stehen letztlich immer elitäre Wertungen der „wahren Bedürfnisse“ durch den Staat oder seiner Planungsinstanzen. Mit einer solchen Umsetzung des Leitbildes des Sustainable Developments ist also auch die Gefahr verbunden, daß damit der Weg in die staatliche Planwirtschaft angetreten wird.

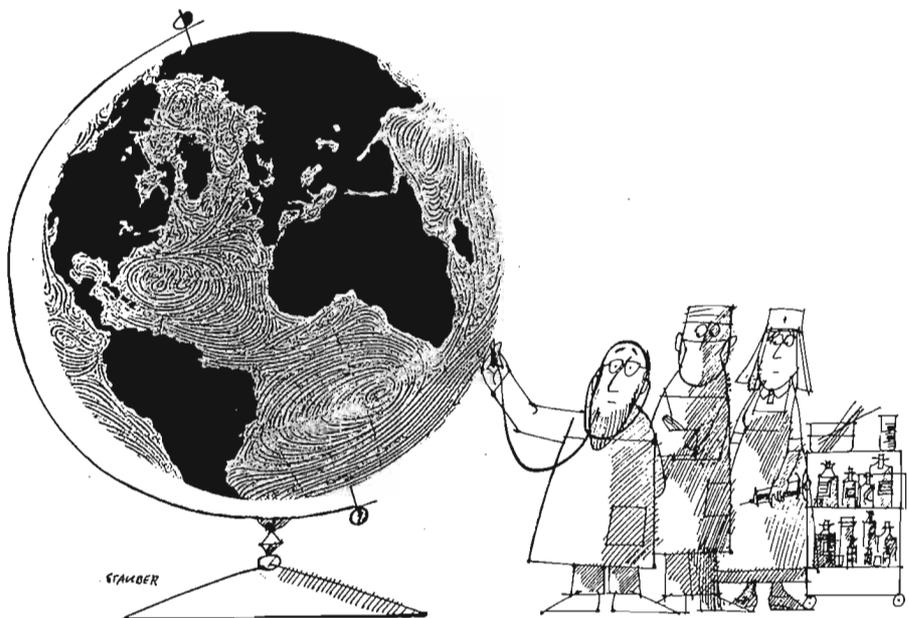
Lösungen

Dem Leitbild des Sustainable Development wird man am ehesten durch eine konzertierte Aktion gerecht werden können, in der alle umweltpolitischen Akteure eigenverantwortlich ihren Beitrag zur Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten: Vier Akteure müssen für das Ziel Sustainability kooperieren: Die Bürger, die Unternehmen, der Staat und die internationalen Organisationen.

Eine besondere Herausforderung ist die internationale Dimension. Sustainability ist nicht allein eine nationale umweltökonomische oder eine isolierte entwicklungspolitische Aufgabenstellung, sondern „die Friedens- und Abrüstungspolitik der Zukunft“, wie Klaus Töpfer als amtierender Vorsitzender der „UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung“ formulierte. Weil die Lösung der globalen Umweltprobleme zu einer der zentralen friedensbestimmenden Frage geworden ist, kommt den industrialisierten Ländern des Nordens eine besondere Verantwortung bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung zu. Dies ergibt sich schon allein daraus, daß die Entwicklungsländer nicht länger akzeptieren werden, daß die Vorteile der Nutzung natürlicher Ressourcen und des technischen Fortschritts bei den westlichen Industrieländern regionalisiert bleiben, die ökologischen Folgen dieses gesteigerten Wohlstands - etwa über Klimaveränderungen - aber globalisiert werden sollen.

Anm.:

Dr. rer.pol. Gerhard Voss
ist im Institut der
deutschen Wirtschaft in Köln
Leiter der Forschungsstelle
Ökonomie/Ökologie.



Nachhaltige Forstwirtschaft – eine ökologische Verpflichtung

Dr. Wolfgang Dertz

Der deutsche Wald und die deutsche Forstwirtschaft befinden sich zur Zeit in einer ökologischen und ökonomischen Krise. Die jährlichen Waldschadensberichte belegen, daß nur noch ein Drittel der Bäume in deutschen Wäldern keine Schadsymptome der „neuartigen Waldschäden“ zeigen. Und das äußere Erscheinungsbild spiegelt die tatsächliche Situation im Ökosystem nur unzureichend wieder. Durch die zunehmende Versauerung der Waldböden wird das Wurzelsystem der Bäume geschädigt und die Wasserfiterfunktion des Bodens erheblich beeinträchtigt. Das Artenspektrum der Tier- und Pflanzenarten im Wald wird verändert, natürliche Prozeßkreisläufe im Ökosystem werden gestört. Die zukünftigen Folgen einer solchen Destabilisierung unserer Wälder sind zur Zeit nicht prognostizierbar.

Zusätzlich sind auch die ökonomischen Rahmenbedingungen für die deutschen Waldbesitzer (1993: 46% Privatwald; 20% Körperschafts- und 34% Staatswald) so ungünstig wie selten zuvor. Die Holzpreise sind seit 1953 nominal nicht gestiegen, die Lohn- und Personalkosten jedoch um ein Vielfaches. Mit den Finanzmitteln, die der einzelne Waldbesitzer aus der Vermarktung des Holzes erwirtschaftet, muß er zudem die Kosten für die vielfältigen Aufgaben zur Wahrung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes decken. Hierzu gehören auch Maßnahmen gegen die „neuartigen Waldschäden“, Kosten, die der Waldbesitzer selbst gar nicht verursacht hat.

Forderung einer geregelten Forstwirtschaft

Auch vor etwa 200 Jahren war der Wald in einer ähnlichen Situation. Infolge von Waldplünderungen, die durch den ungeheuren und unregelten Verbrauch

von Holz für Baumaßnahmen, als Brennholz für die privaten Haushalte und als Energieholz für die Eisen-, Salz- und Glaserzeugung verursacht wurden, waren die Wälder Deutschlands devastiert. Zudem wurden dem Wald durch Nutzung der Waldstreu für die Viehhaltung und den Eintrieb des Viehs in die Wälder wertvolle Nährstoffe entzogen. Aus dieser Not heraus entstand die geregelte Forstwirtschaft. Es wurde der Gedanke der Nachhaltigkeit entwickelt, ein forstliches Prinzip, das heutzutage, als Wirtschaftsprinzip der Zukunft, auch in anderen Industrie- und Wirtschaftszweigen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Allgemein besagt das **Nachhaltigkeitsprinzip**, daß die natürlichen Ressourcen von der gegenwärtigen Generation nur soweit in Anspruch genommen werden dürfen, daß ihre langfristige Erhaltung und Nutzbarkeit durch zukünftige Generationen gewährleistet bleibt.

Neuartige Waldschäden

Für den Wald bedeutet dies: Durch die Nutzung des Menschen darf die Funktionsfähigkeit des Waldes nicht nachhaltig beeinträchtigt werden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist im Bundeswaldgesetz und allen Landesforstgesetzen verankert. Es verpflichtet jeden Waldbesitzer zur nachhaltigen Bewirtschaftung seines Waldes.

Durch die „neuartigen Waldschäden“, die Destabilisierung unserer Wälder durch anthropogen verursachte und in den Wald eingetragene Luftschadstoffe, ist die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder ernsthaft gefährdet. Ist es vor diesem Hintergrund sinnvoll und notwendig, die forstliche Bewirtschaftung in Deutschland ganz aufzugeben, auf die Nutzung von Holz zu verzichten, den Wald „sich selbst zu überlassen“, wie dies von einigen Naturschutzverbänden gefordert wird? Auf den ersten Blick ein überzeugender Gedanke.

Eine differenzierte und globale Betrachtung macht jedoch deutlich:

Eine Nutzung der nachhaltig bewirtschafteten mitteleuropäischen Wälder ist ökologisch dringend notwendig.

Hierfür sprechen folgende Argumente:

- **Holz ist ein nachwachsender Rohstoff.** Ohne Belastung der Umwelt wird aus Solarenergie, Kohlendioxid, Wasser und einer geringen Menge an Mineralien aus dem Boden der Holzkörper aufgebaut.
- **Holz verursacht keine Abfallprobleme.** Nach menschlicher Nutzung und z.T. mehrfachem Recycling wird Holz durch Mikroorganismen wieder zu Kohlenstoff, Wasser und Mineralien abgebaut und in den natürlichen Kreislauf integriert.
- **Holznutzung schont nichterneuerbare Ressourcen.** Im Baubereich, in der Energieerzeugung und in der Chemie bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, Holz zu verwenden und nichterneuerbare Rohstoffe, wie z.B. Öl, Gas und Kohle, zu schonen. Die Endlichkeit dieser Bodenschätze verpflichtet uns Menschen zum sparsamen Umgang mit diesen wertvollen Naturgütern. Auch künftige Generationen haben Anspruch darauf, Teile dieser Bodenschätze zu nutzen.
- **Nachhaltige Holznutzung in Mitteleuropa trägt dazu bei, Wälder in anderen Teilen der Welt vor Raubbau zu schützen.** In den Tropen, Osteuropa, in Teilen Nordamerikas und Skandinaviens werden wegen kurzfristiger Profite Wälder z.T. großflächig vernichtet. Ein Verzicht auf die Holznutzung in Mitteleuropa würde diese Entwicklung zusätzlich verschärfen.

- **Verbautes Holz ist ein Kohlendioxid-speicher**; es vermindert so den Treibhauseffekt. Während der Kohlendioxidhaushalt eines Urwaldes neutral ist - Holzaufbau durch den Wald und Holzaabbau durch die Mikroorganismen befinden sich im Gleichgewicht, wird das im verbauten Holz gebundene Kohlendioxid langfristig festgelegt. So enthält 1 Tonne Bauholz etwa 500 kg Kohlenstoff, das entspricht ca. 1,8 Millionen Tonnen Kohlendioxid, welches auf Dauer der Atmosphäre entzogen wird.

● Holz hat eine hervorragende Energiebilanz. Zur Bereitstellung von Holz sind etwa 7 bis 7,5 Kilowattstunden je Tonne Holz erforderlich, dies entspricht etwa 2,6% der im Holz steckenden Energie.



Der entsprechende Wert für Zement liegt bei 1000, für Glas bei 6.000, für Kunststoffe zwischen 8.000 bis 20.000 und bei Aluminium gar bei 72.000 Kilowattstunden je Tonne. Für die Erzeugung und Bereitstellung von 1 Tonne Aluminium muß also etwa 10.000 mal mehr Energie aufgewendet werden als für 1 Tonne Holz. Würde man auf eine Holznutzung in Deutschland verzichten, müßte das Holz aus anderen Bereichen der Welt importiert werden. Lange, energieverwendende Transportwege würden hierdurch geöffnet.

- Ohne die Einnahmen aus der Holznutzung sind insbesondere die privaten Waldbesitzer in Deutschland nicht mehr in der Lage, die **vielfältigen Aufgaben und Maßnahmen zur Gewährung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes zu finanzieren**.

Die Aufzählung macht deutlich: **Holz ist der Werkstoff der Zukunft**. Wer auf eine Nutzung von Holz und auf eine nachhaltige Forstwirtschaft in Mitteleuropa verzichtet, fördert den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen und die Zerstörung tropischer Wälder. Er handelt ökologisch unverantwortlich.

Aber auch ökonomisch sind Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland wichtige Faktoren. Vom Wald und seinem Produkt Holz leben in Deutschland ca. 600.000 Menschen. Der Jahresumsatz der Holz- und Papierindustrie in Deutschland betrug 1993 etwa 500 Milliarden DM (alte Bundesländer). Eine

Aufgabe der Holznutzung hätte daher enorme Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt und die Volkswirtschaft.

Die Darstellungen machen deutlich: es muß etwas getan werden, um dem Wald und seinen Besitzern zu helfen. Doch welche Möglichkeiten gibt es?

Zum einen sind die Waldbesitzer selbst gefordert. Kreativität und unternehmerisches Denken sind das Gebot der Stunde. Es muß jegliche Möglichkeit genutzt werden, Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, die betrieblichen Kosten zu senken und die Einnahmen zu erhöhen. Konkret heißt dies:

- Natürliche Abläufe bei der Verjüngung und Pflege der Waldbestände stärker nutzen, weniger pflanzen und gezielter durchforsten.
- Personalkosten senken und Mechanisierungsmöglichkeiten bei der Holzernnte ausschöpfen.
- Werbung für Holz als umweltfreundliches Produkt und Öffentlichkeitsarbeit über die Notwendigkeit der Forstwirtschaft verstärken.
- Schutzleistungen des Waldes, wie Wasserfilterung oder Naturschutzleistungen zu Produkten formen, monetär bewerten und honorieren lassen.

Die strukturellen Probleme lösen und die Rahmenbedingungen der Forstwirtschaft verbessern; dies ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Welche Mittel stehen hier zur Verfügung?

- Sofortige gesetzliche Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Luftschadstoffe.
- Entschädigung der Waldbesitzer für „Neuartige Waldschäden“.
- Erstellen von Ökobilanzen für Holz und konkurrierende Produkte.
- Mehr Holzverwendung im öffentlichen Bauwesen.
- Abbau von gesetzlichen Beschränkungen zur Verwendung von Holz.

- Förderung der thermischen Verwertung von Holz- und Holzprodukten. (Blockheizkraftwerke).

- Bau eines großen Zellstoff- und Papierwerkes mit moderner Umwelttechnik in Deutschland. Dies fördert zum einen den Absatz des Durchforstungsholzes und trägt so zur Stabilität des Waldes bei. Andererseits werden damit die Einfuhr von Zellstoff aus Ländern mit nicht nachhaltiger Holzproduktion vermindert und so die Transport- und Energiekosten vermindert.

- Weniger Altpapierrecycling. Heute stammen schon 52 % der deutschen Papierproduktion aus dem Recycling von Altpapier. Für den Wald und die deutsche Forstwirtschaft wäre es ökologisch und ökonomisch von Vorteil, wenn Teile des qualitativ geringwertigen Altpapiers der thermischen Verwertung zugeführt würden und hierfür Frischholz aus dem Wald für die Zellstoff- und Papierproduktion verwendet würde.

Der Wald ist mehr als nur eine Ansammlung von Holz. Er ist ein hochkomplexes, wertvolles Ökosystem. Seine Erhaltung ist weltweit eine der

Der Mensch ist der Natur gefährlicher geworden, als es die Natur für den Menschen jemals war

Hans Jonas

größten Herausforderungen der Zukunft. Der Verzicht auf eine nachhaltige Holznutzung in Mitteleuropa wäre jedoch, wie dargelegt, nicht nur ökonomisch sondern auch ökologisch unverantwortlich. Zweifellos muß auch in Mitteleuropa die Dynamik von Waldökosystemen, in denen keine Nutzung stattfindet, erforscht werden. Und es ist auch klar, daß besonders wertvolle ökologische Waldflächen dem Naturschutz gewidmet werden müssen. Vorstellungen, man könne auf 10 oder gar mehr Prozent der deutschen Waldfläche auf die Holznutzung verzichten, sind aus oben genannten Gründen jedoch nicht akzeptabel. Hier müssen auch die Naturschutzverbände umdenken und ihren Blick auf die globalen ökologischen Probleme richten. Ein klares „Ja“ zu einer nachhaltigen Holznutzung ist hier notwendig.

Mit ihrem Bekenntnis zu einer mit der Natur in Einklang stehenden Wirtschaftsweise haben sich viele deutsche Waldbesitzer zu ihrer ökologischen Verantwortung bekannt. Eine Patentrezept gegen die „neuartigen Waldschäden“, wie dies jüngst ein führendes deutsches Nachrichtenmagazin suggerieren wollte, ist diese sogenannte „naturnahe“ Waldwirtschaft nicht. Denn Luftschadstoffe „unterscheiden nicht“, ob ein Wald naturnah oder anders bewirtschaftet wird. Hier sind und bleiben Industrie und Politiker in der Verantwortung. ■

Anm.:

Dr. Wolfgang Dertz ist Präsident des Deutschen Forstvereins e.V.

Vor dem Wald stirbt der Mensch!

Georg Fahrenschoen

Seit Anfang der achtziger Jahre sind zum Thema Waldsterben viele Reden gehalten, unzählige Artikel veröffentlicht und umfangreiche Rundfunk- und Fernsehberichte gesendet worden, aber auch rund 14 Jahre später zeichnet der aktuelle Waldschadensbericht der Bundesregierung für das Jahr 1994 ein düsteres Bild über die Situation der Bäume in Deutschland. Kurz zusammengefaßt: Jeder vierte Baum in Deutschland weist deutliche Schäden auf; 39 Prozent sind schwach geschädigt und nur 36 Prozent der deutschen Wälder sind ohne Schadmerkmale.

Die europäische Datenlage ist in einigen Teilbereichen noch dramatischer. Die Auswertung einer grenzübergreifenden Datenerhebung mit rund 700.000 Stichprobenbäumen an rund 36.000 Stichprobenpunkten in 33 europäischen Ländern, die somit etwa 168 Mio Hektar Wald repräsentieren, spricht beispielsweise davon, daß in den Berg- und Industriegebieten der Tschechei und Polens mehrere tausend Hektar Wald fast völlig zerstört sind.

Kampf gegen die Luftschadstoffe

Mit Beginn der christlich-liberalen Bundesregierung stand der Schutz der Wälder im Mittelpunkt der deutschen Umweltpolitik. Seit 1982 wurden weitreichende Initiativen, wie z.B. die Einführung des Katalysators oder das bleifreie Benzin, erfolgreich europaweit vorangetrieben. Als Ergebnis von Investitionen in die Luftreinhaltung in einer Größenordnung von ca. 35 Mrd. DM allein bis 1990 ist der Ausstoß von Schwefeldioxid (SO₂) um 68 % und Stickoxiden (NO_x) im Bereich Kraftwerke/Industrie um 60 % zurückgegangen. Trotzdem dokumentieren die jährlichen Waldschadensberichte, daß die Zahl der kranken Bäume von Jahr zu Jahr zunimmt.

In den vergangenen Jahren stand der Kampf gegen die Luftschadstoffe im Vordergrund der politischen Konzepte. Als Folge unterschiedlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung hat sich die Immissions-situation in den alten Ländern verändert. Während sie in den 80er Jahren vorwiegend durch hohe SO₂-Werte gekennzeichnet war, wird sie inzwischen von hohen Ozonwerten geprägt. Ursache hierfür ist - bei sinkenden SO₂ und NO_x Emissionen - vor allem die Zunahme der verkehrsbedingten Emissionen von NO_x und anderen Ozon-Vorläufersubstanzen.

Auch in den neuen Bundesländern ist seit 1990 bereits eine Änderung der Immissions-situation eingetreten. Die derzeit noch prägenden sehr hohen SO₂-Werte gehen allmählich, die basisch reagierenden Stäube bereits erheblich zurück; gleichzeitig steigen allerdings auch hier die verkehrsbedingten NO_x-Emissionen an.

Aufgrund ihrer großen Kronenoberfläche sind Bäume Luftschadstoffen besonders ausgesetzt. Sie filtern ein Vielfaches an Schadstoffen aus. Beispielsweise muß man sich vergegenwärtigen, daß ein Großbaum in einer Stunde über 4.000.000 Liter Luft atmet und reinigt, dabei über 2 Kilogramm Kohlendioxid (CO₂) bindet und fast 2 Kilogramm Sauerstoff abgibt. Die aufgenommenen Schadstoffe reichern sich dann allerdings mit der Zeit im Waldboden an, wo sie chemische und physikalische Prozesse mit weitreichenden nachhaltigen Folgen bewirken.

Zeitverschiebung im Ökosystem Wald

Dadurch verschlechtern sich die Lebensbedingungen in den Waldökosystemen weiter. Werden die Schad-

stoffe auf Grund besonderer Umstände ausgewaschen, so gelangen sie bzw. bestimmte Anteile (z.B. Nitrate, Schwermetalle) in den Wasserkreislauf. Und über das Trinkwasser kommen sie schließlich zu ihrem Emittenten, dem Menschen, zurück.

Zusammenfassend muß deshalb festgestellt werden, daß zum einen die Maßnahmen der Luftreinhaltung, gemessen an dem jahrzehntelang andauernden hohen Ausstoß von Luftschadstoffen, erst vergleichsweise kurze Zeit wirken. Zum zweiten reagieren die Wald-ökosysteme mit einer Reaktionszeit von mehreren Jahrzehnten auf Veränderungen außerordentlich langsam. Desweiteren haben sich die Schadstoffeinträge von Jahrzehnten bereits in den Waldböden angesammelt und nach wie vor wirken Luftschadstoffe in erheblichem Umfang auf den Wald ein. Es besteht keinerlei Anlaß zur Entwarnung.

Europa muß Schlagkraft beweisen

Diese grobe Darstellung schwierigster ökologischer Zusammenhänge verdeutlicht aber auch, warum sich die erreichten Verbesserungen der Luftreinhaltung erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung positiv auf den Waldzustand auswirken können.

Luftschadstoffe kennen keine Grenzen. Deshalb muß es uns gelingen, die erfolgreichen Maßnahmen der Luftreinhaltung nun verstärkt über die Europäische Union nach Mittel- und Osteuropa zu tragen. Das alte Arbeitsprogramm der EG-Kommission Delors nennt zwar im umweltpolitischen Teil das fachliche Ziel, Vorschläge zum Schutz der Wälder vorzulegen, und schreibt daneben den allgemeinen Vorschlag, „durch eine stärkere Kontrolle der von den Mitgliederstaaten vorzunehmenden Umsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien“ tätig zu werden,

fest. Um Waldschäden nicht nur zu begrenzen, sondern mittelfristig zu vermeiden, ist dieser Ansatz allerdings nicht ausreichend. Wichtige Verbündete bei der Aufgabe, die Programme und Beschlüsse der Europäischen Union zum Erhalt und zum Schutz unserer Wälder auf Vordermann zu bringen und politische Schlagkraft zum Schutz der Wälder zu beweisen, werden die nordischen EU-Neumitglieder Schweden und Finnland sein.

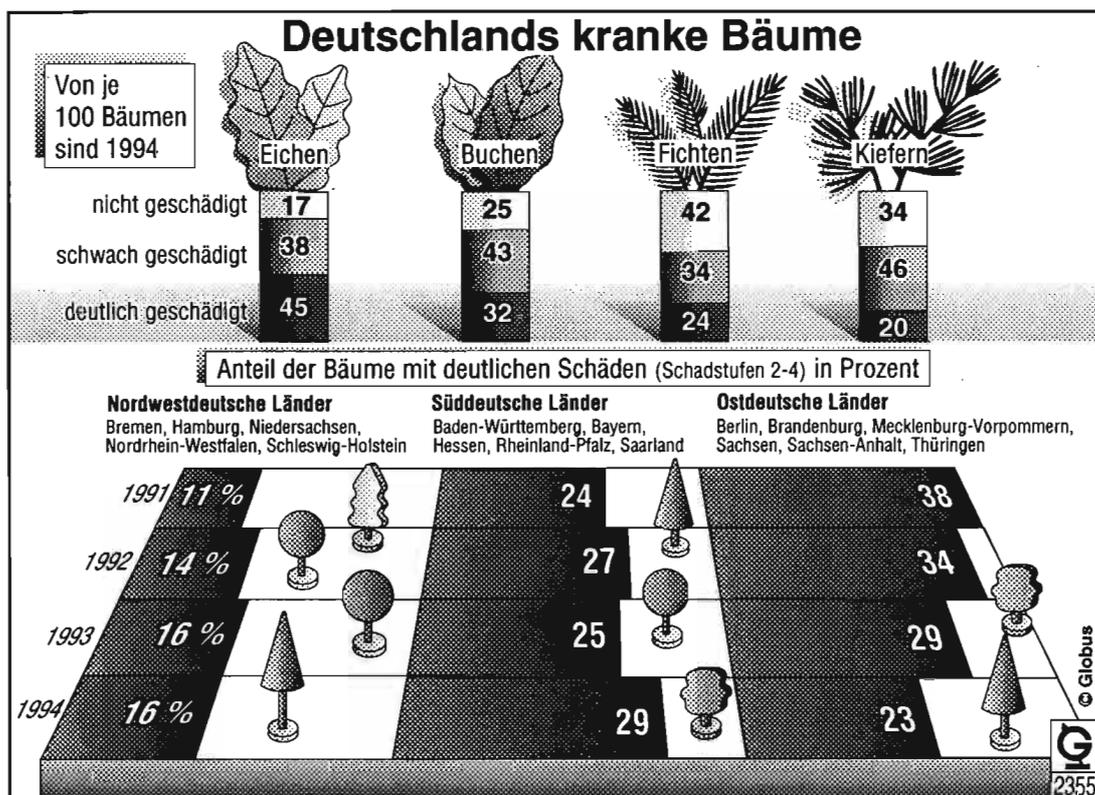
Auf diesem Feld wird sich zeigen, ob die EU in der Lage ist, die im Rahmen der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ 1992 in Rio de Janeiro/Brasilien gefaßten Beschlüsse der Waldkonvention konsequent umzusetzen. Darüber hinaus steht die Europäische Union vor der Aufgabe, weitere bilaterale Abkommen, vor allem mit osteuropäischen Staaten, abzuschließen, die insbesondere auf eine Verringerung der grenzüberschreitenden Schadstoffemissionen zielen.

Stickstoffemissionen reduzieren

Was den Bereich der Luftschadstoffe betrifft, muß es uns nun gelingen, ähnlich wie bei den Schwefeldioxidemis-

sionen, jetzt vordringlich den Stickstoffausstoß zu vermindern. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes werden in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ca. 1,6 Mio t Stickstoff in Form von Stickstoffoxiden (60%) und Ammoniumstickstoff (40%) emittiert. Trotz gesetzgeberischer und politischer Maßnahmen (z.B. Abgassonderuntersuchungen) trat beim Verkehr, dem Hauptemittenten von Stickoxiden, kaum ein Rückgang ein. An Einzelfahrzeugen wurden zwar positive Ergebnisse erzielt, sie wurden aber durch die höhere Kraftfahrzeugdichte, verstärkten Transitverkehr, gestiegene Fahrleistungen und eine hohe Zahl von Altfahrzeugen mehr als ausgeglichen. So tragen beispielsweise die Altfahrzeuge rund 15 % der Emissionsbelastungen bei.

Für 80% aller NO_x-Emissionen ist der Verkehr verantwortlich. Die verkehrsbedingte NO_x-Belastung betrug 1992 rund 294.000 t. Zur Reduzierung der Stickoxidemissionen müssen deshalb die Maßnahmen im Verkehrsbereich weiter vorangetrieben werden. Neben unterschiedlichen Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene liegt das größte Verminderungspotential im weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.



Die Ammoniakverbindungen stammen zu einem erheblichen Teil aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Infolge der rückläufigen Tierbestände kann in diesem Bereich in den letzten Jahren bereits ein kleinerer Rückgang verzeichnet werden. Allerdings sollten die verantwortlichen der deutschen und europäischen Landwirtschaftspolitik sich dringend mit weiteren Möglichkeiten zur Reduzierung der Ammoniakemissionen auseinandersetzen. So kann über Landschaftsschutzprogramme ein weiterer Impuls zur Verkleinerung der Tierbestände gegeben werden. Güllebehälter sollten abgedeckt sowie die Gülle bodennah ausgebracht und sofort eingearbeitet werden. Auf diese Art und Weise muß es gelingen, den Stickstoffausstoß aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung weiter schrittweise auf ca. 40 % des Wertes von 1985 zu senken.

Waldbestände naturnah wiederaufbauen

Neben der Luftreinhaltung ist die Schaffung stabiler, naturnaher **Mischbestände** in allen Waldbesitzarten wichtigstes Element einer waldschützenden Forst- und Landwirtschaftspolitik. Die Bundesländer haben dies teilweise erkannt. So verfolgt der Freistaat Bayern seit langem das Ziel, nach dem Prinzip der „ökonomischen Forstwirtschaft auf ökologischer Grundlage“ standortgemäße, gesunde, stabile und leistungsfähige Wälder zu erhalten bzw. aufzubauen. Die speziellen Wirtschaftsgrundsätze sind in einer Richtlinie für die Forstbetriebsplanung verbindlich für den Staatswald sowie den Kommunal- und Körperschaftswald festgeschrieben. Zudem haben sie auch für die Beratung und die Förderung im Privatwald Gültigkeit. So werden bei der Wiederaufforstung außer in den Hochlagen der Alpen und Mittelgebirge, wo Fichtenbestände die natürliche Waldgesellschaft bilden, nur noch Laub- und Mischbestände bezuschußt.

Grundlage für eine naturnahe und funktionsgerechte Waldbehandlung ist eine umfassende Wald funktionsplanung sowie eine forstliche Standorterkundung. Basierend auf den Ergebnissen der forstlichen Standorterkundung wurde in

Bayern für den Staatswald festgelegt, daß der Nadelholzanteil von derzeit 75 Prozent zugunsten des Laubholzes langfristig auf 62 Prozent verringert werden soll. Auf den Sturmschadensflächen liegt der Laubholzanteil bei den gepflanzten Jungbäumen sogar bei 90 Prozent. Selbstverständlich wird dieser Waldumbau in sorgfältiger Abstimmung mit den ortsgerechten Mischungen vorangetrieben. Nach Möglichkeit werden langfristige Verjüngungsverfahren mit Naturverjüngung eingesetzt. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche natürliche Mischverjüngung im Wald sind allerdings angepaßte Wildbestände. Deshalb gilt im Freistaat Bayern der Grundsatz „Wald vor Wild“. In dieser Frage arbeitet die Forstverwaltung einvernehmlich mit dem Jagdverband zusammen mit dem Ziel, die Wälder ohne Zaun zu verjüngen.

Das bayerische Konzept zeigt einige Ansätze eines vielversprechenden Weges auf, den naturnahen Wald weiter voranzutreiben. Vorrangig müssen standortwidrige Reinbestände zu Waldmischbeständen umgebaut werden, da mehrschichtige Wälder generell widerstandsfähiger gegen Umwelteinflüsse sind. Mit einfachen Programmen kann beispielsweise der Unterbau von Waldreinbeständen mit Laubbäumen aufgefrischt werden.

Am Anfang steht der Mensch

Am Anfang der waldzerstörenden Emissionskette steht der Mensch. Seine heutige Lebensweise, seine heutige Weise, Produkte herzustellen und sein aktuelles Konsumverhalten, ist unweigerlich mit Umweltbelastungen verbunden. Er ist es aber auch, der über die Mittel verfügt, den Wald wirkungsvoll und langfristig zu schützen, anstatt ihn ständig weiter zu schädigen. Im System der ökologisch und sozialen Marktwirtschaft trägt der Mensch ständig die Verantwortung, durch seine Lebensführung und seine Kaufentscheidung die natürlichen Lebensgrundlagen für sich und die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Im Mittelpunkt eines erfolgreichen Konzeptes zur Rettung der Wälder muß deshalb die gezielte Aufklärung und die

umfassende Information unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen. Das beginnt damit, daß sich die gesellschaftlich relevanten Gruppen: die Kirchen, die Vereine, die Parteien u.a., nicht nur momentan dem Thema der Woche zuwenden, sondern sich konsequent den Fragen des Klimaschutzes und des Einsatzes für grüne und gesunde Wälder verschreiben. Das automatische Abheften der jährlichen Waldschadensberichte muß aufhören.

In Zusammenarbeit mit den Medien, dem Fernsehen, den Zeitungen und den Rundfunkmagazinen muß es gelingen, deutlich zu machen, daß beispielsweise eine Autofahrt mit einem PKW herkömmlicher Antriebstechnik eine Umweltbelastung darstellt. Angesichts der Immissionsdaten des Bereiches Verkehr muß es uns in einer ersten Informationswelle gelingen, neben dem Begriff des Energiesparens die Idee des „Verkehrs-Sparen“ zu etablieren. In diesem Sinne will dieser Artikel einen weiteren Beitrag zum Schutz des Waldes, der „grünen Lunge“ unserer Erde, leisten.

Anm.:

Georg Fahrenschon ist stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands.



Nordlicht - Die Klimaschutzaktion zum Mitmachen

Der Name Nordlicht steht dafür, daß die Industriestaaten des Nordens konsequenter als bisher handeln müssen.

Kontaktadresse:
 Projekt „Klimaschutz“
 Dr. Friedemann Prose
 Institut für Psychologie
 Christian-Albrechts Universität
 Olshausenstr. 40-60
 24098 Kiel
 Tel. 0431/880-2685
 Fax 0431/880-1559

Wort der deutschen Bischöfe

Wort der deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1995 (Auszug)

Schon in früheren Jahrhunderten sahen sich Juden Verfolgung, Unterdrückung, Ausweisung und selbst der Lebensgefahr ausgesetzt. Viele suchten und fanden Zuflucht in Polen. Doch verblieben auch Orte und Gebiete in Deutschland, in denen Juden relativ ungestört leben konnten. Seit dem 18. Jahrhundert bot sich in Deutschland eine neue Chance zu einem friedlichen Zusammenleben. Juden haben zur Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur Entscheidendes beigetragen. Dennoch lebte eine antijüdische Einstellung auch im kirchlichen Bereich weiter. Sie hat mit dazu geführt, daß Christen in den Jahren des Dritten Reiches nicht den gebotenen Widerstand gegen den rassistischen Antisemitismus geleistet haben. Es hat unter Katholiken vielfach Versagen und Schuld gegeben. Nicht wenige haben sich von der Ideologie des Nationalsozialismus einnehmen lassen und sind bei den Verbrechen gegen jüdisches Eigentum und Leben gleichgültig geblieben. Andere haben den Verbrechen Vorschub geleistet oder sind sogar selber Verbrecher geworden. Unbekannt ist die Zahl derer, die beim Verschwinden ihrer jüdischen Nachbarn entsetzt waren und doch nicht die Kraft zum sichtbaren Protest fanden. Jene, die bis zum Einsatz ihres Lebens halfen, blieben oft allein. Es bedrückt uns heute

schwer, daß es nur zu Einzelinitiativen für verfolgte Juden gekommen ist und daß es selbst bei den Pogromen vom November 1938 keinen öffentlichen und ausdrücklichen Protest gegeben hat, als Hunderte von Synagogen verbrannt und verwüstet, Friedhöfe geschändet, Tausende jüdischer Geschäfte demoliert, ungezählte Wohnungen jüdischer Familien beschädigt und geplündert, Menschen verhöhnt, mißhandelt und sogar ermordet wurden. Der Rückblick auf die Geschehnisse vom November 1938 und die 12jährige Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten gegenwärtigt die schwere Last der Geschichte. Er erinnert daran, „daß die Kirche, die wir als heilig bekennen und als Geheimnis verehren, auch eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche ist“ (Wort der deutschsprachigen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938).

Versagen und Schuld der damaligen Zeit haben auch eine kirchliche Dimension. Daran erinnern wir mit dem Zeugnis der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland: „Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten. Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus, trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen, aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren ließ und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen

Woche der Brüderlichkeit 1995

„Aus der Befreiung leben“ ist das Motto der „Woche der Brüderlichkeit“ 1995. Sie wird seit 1951 von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit getragen und findet traditionell in der ersten Märzwoche statt. Sie soll zur Verständigung zwischen Juden und Christen beitragen sowie für Toleranz und Mitmenschlichkeit werben. Während der Woche wird bundesweit in vielen Veranstaltungen über den christlich-jüdischen Dialog informiert und diskutiert. Besondere Verdienste werden mit der „Buber-Rosenzweig-Medaille“ gewürdigt, die in diesem Jahr Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker verliehen wird.

Landesrabbiner Dr. h. c. Henry G. Brandt eröffnet die diesjährige „Woche der Brüderlichkeit“ am 5.3.1995 in Oldenburg.

en geschwiegen hat... Die praktische Redlichkeit unseres Erneuerungswillens hängt auch an dem Eingeständnis dieser Schuld und an der Bereitschaft, aus dieser Schuldgeschichte unseres Landes und auch unserer Kirche schmerzlich zu lernen“ (Beschuß „Unsere Hoffnung“, 22. November 1975). Wir bitten das jüdische Volk, dieses Wort der Umkehr und des Erneuerungswillens zu hören. ■

Tierschutzbericht 1995 vorgelegt

Bonn. Die Bundesregierung hat den Tierschutzbericht 1995 gebilligt. Nach dem Tierschutzgesetz ist ein solcher Bericht alle zwei Jahre dem Deutschen Bundestag zuzuleiten; er wird jetzt zum viertenmal vorgelegt. Er informiert über die Entwicklung des Tierschutzes in Deutschland und ist insofern auch von weitreichender Bedeutung, weil der Umgang der Men-

schen mit ihren Mitgeschöpfen, den Tieren, viel aussagt über die Verhältnisse in einem Wohlstandsstaat: Tierschutz ist niemals allein Gesetzestheorie, sondern vor allem tägliche Praxis. Das zeigt die Diskussion der letzten Tage und Wochen. Tierschutz ist deshalb auch nicht nur Sache des Staates, sondern sollte Anliegen aller Bürger sein.

Der diesjährige Bericht zeigt zum Teil erfreuliche Tendenzen auf: So ging die Zahl der in Deutschland eingesetzten Versuchstiere in den Jahren 1992 und 1993 erneut zurück, und die Haltungsbedingungen landwirtschaftlicher Nutztiere - besonders von Kälbern - wurden durch verschiedene Rechtsvorschriften weiter verbessert.

Die vorgesehene Novellierung des Tierschutzgesetzes knüpft an die Initiative des Bundesrates an, die Ende der vergangenen Legislaturperiode gescheitert ist. Bundes-

landwirtschaftsminister **Jochen Borchert** wird dem Kabinett einen Änderungsentwurf vorlegen, der vor allem diejenigen Bestimmungen aufgreift, die den Tierschutz spürbar verbessern und zwischen Bundestag und Bundesrat unstrittig waren. Dabei handelt es sich hauptsächlich um

- eine wesentliche Ausdehnung des Personenkreises, der den Sachkunde nachweisen muß,
- eine restriktivere Fassung der Vorschriften über Eingriffe und Behandlungen an Tieren,
- eine Erweiterung der Tätigkeiten, für die eine tierschutzrechtliche Erlaubnis erforderlich ist,
- eine einheitliche Festlegung der Altersgrenze für Personen, die Wirbeltiere erwerben dürfen, auf 16 Jahre,
- schärfere Einfuhranforderungen,
- ein EG-konformes Verbot von Tierversuchen bei der Entwicklung von Kosmetika,
- eine Ausdehnung der Regelungen über die Beteiligung eines Tierschutzbeauftragten,
- die Anzeigepflicht für Verfahren zur Herstellung, Gewinnung, Aufbewahrung oder Vermehrung von Stoffen, Produkten oder Organismen, die belastend für die verwendeten Tiere sind,
- eine erweiterte Verpflichtung zu statistischen Angaben über die verwendeten Wirbeltiere auf weitere tierschutzrelevante Bereiche der Wissenschaft, Forschung, Lehre und biomedizinischen Produktion.

Das Gesetz soll also mit Augenmaß weiterentwickelt werden. An dem bei früheren Novellierungen des Tierschutzgesetzes stets beachteten Grundsatz, nicht hinter geltendes Recht zurückzugehen, will der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jochen Borchert festhalten. ■

Leserbrief

**Betr.: EV 11/94
Europa gewinnt neue
Attraktivität**

In der „Evangelischen Verantwortung“ 11/94 schreibt Klaus Weigelt („Europa gewinnt neue Attraktivität“) über das sog. Schäuble-Lamers-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, er stellt die Auffassungen von Wilfried Martens (pro) und John Major (contra) dazu gegenüber und sich hinter Wolfgang Schäuble. Recht hat er damit: Von allen möglichen Wegen, in und mit Europa weiterzukommen, ist der von Schäuble vorgeschlagene der Beste.

Und zumindest für Deutschland ist er die einzige erfolgversprechende Alternative zur europapolitischen Krise. Unrecht hat Weigelt freilich mit seiner Gegenüberstellung des nur nationalstaatlichen Major und der nur unionistischen Martens und Schäuble. Weder sehen uns Schäuble/Lamers vor einem Scheideweg „Europa der Nationalstaaten oder Europäische Union?“, wie es Weigelt formuliert, noch sagt der EVP-Vorsitzende Martens etwas anderes als: „Nation und Europa sind kein Gegensatz... Wer Nation und Europa gegeneinander ausspielt, schwächt beide.“

Wie könnte ich Deutscher, Ungar oder Schwede sein, ohne Europäer zu sein? Wie könnte ich Europäer sein, ohne Deutscher, Ungar oder Schwede (usw.) zu sein? Den Nur-Europäer gibt es nicht, der homo europaeus ist eben kein homunculus europaeus. Und der Deutsche ist Deutscher, der Ungar ist

EAK Ludwigsburg lädt ein

Christliche Erziehung in einer pluralistischen Gesellschaft

Besichtigung des Kinderheims Hoffmannhaus, Korntal

Vortrag und Gespräch mit **Richard Frölich**,
Präsident des Oberschulamtes Stuttgart

**Dienstag, 25. April 1995
18.00 - 21.30 Uhr
in Korntal bei Stuttgart**

Kostenbeitrag: DM 10,- pro Person

Information und Anmeldung:
Beim 1. Vorsitzenden des EAK Ludwigsburg
Ulrich Hirsch
Strombergstr. 62, 74343 Sachsenheim
Tel.: 07046/2632

Ungar auch deshalb, weil - notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung - er Europäer ist.

Da liegt freilich auch bei Wilfried Martens ein doppelter Kurzschluß: „Wir bleiben Belgier, Spanier, Griechen, Iren, Deutsche,“ schreibt er, „aber gewinnen eine europäische Identität hinzu.“ Nein, wir waren, sind und bleiben Europäer, weil unsere nationalen Identitäten in die gemeinsame europäische Identität eingebettet sind und sich mit ihr gegenseitig bedingen. Und diese europäische Identität ist die des christlichen Abendlandes, daher auch „Nein“ zu der exemplarischen Aufzählung von Martens.

Europäer sind nämlich nicht nur die EU-Spanier, EU-Deutschen und jetzt auch EU-Finnen, sondern ebenso die Nicht-EU-Ungarn (die man noch nicht läßt), die Nicht-EU-Norweger (die nicht in die

EU wollen) und die Nicht-EU-Kroaten - die man gar nicht lassen will, obwohl vielleicht in diesem jahrhundertelangen „antemurale christianitatis“ mehr europäische Identität zu finden ist als im ozeanischen Portugal oder Britannien mit den Schwesternationen jenseits des Meeres... Daher ist ja auch die „Eingliederung mittelosteuropäischen Nachbarn“ einer der beiden Ausgangspunkte für das Schäuble-Lamers-Papier, dessen Hauptverdienst es freilich ist, endlich einmal - wenn auch nur für kurze Zeit - Europapolitik zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte gemacht zu haben. Denn wenn europapolitische Ziele nicht öffentlich diskutiert werden, kommt der nächste Maastricht-Schock bestimmt! ■

*Volker Schimpff
Stellvertretender
CDU-Landesvorsitzender
Holländische Straße 2
01067 Dresden*

Aus unserer Arbeit

Auseinandersetzung mit der PDS

Worms: Im letzten Quartal 1994 setzte der EAK-Worms seine Veranstaltungsreihe mit Politikern aus den neuen Bundesländern fort. Die Auseinandersetzung mit der PDS sowie andere Themen der inneren Einheit kamen bei den Vorträgen mit **Jürgen Scharf**, dem Landesvorsitzenden des EAK in Sachsen-Anhalt und parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, und **MdB Rainer Eppelmann**, dem Vorsitzenden der CDA, zur Sprache. Sehr kämpferisch wählte Jürgen Scharf bereits sein Thema: „Die Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS als Generalprobe für eine andere Republik?“ Jürgen Scharf legte dar, daß nach seiner Überzeugung die SPD-Spitze wußte, was in Magdeburg vorging. Eine gewisse Nähe zwischen SPD und PDS sei nicht zu leugnen. „Für mich ist noch nicht entschieden, ob die SPD die PDS schluckt oder die PDS die SPD“, sagte Scharf. Töne, die von der Wormser Presse als Wahlkampf abgetan wurden. Jedoch vermochte Scharf seine spektakuläre Befürchtung bzw. Frage detailliert zu begründen, unter anderem konnte er seine Erfahrungen einbringen, die er als Betriebsratsvorsitzender gewann.

Hier konnte er die Aktivitäten der PDS vor Ort wahrnehmen und den Wormsern auch vermitteln, daß Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters keine Arbeit mehr finden und gleichzeitig in der Zeitung le-

sen, sie wollten nicht mehr arbeiten, anfällig für die Propaganda der PDS seien. Jürgen Scharf zeigte sehr viel Verständnis für solche Menschen. Die persönlichen Beispiele und die deutlich werdende Sensibilität für die Befindlichkeiten der Menschen waren neben den statistisch belegten Informationen über die Stärke der PDS im Vergleich zur SPD das, was auch nach Einschätzung des Wormser EAK-Vorsitzenden Ulrich Oelschläger den Abend besonders ergiebig machte. Da die Einheit glücklicherweise noch vor dem totalen Zusammenbruch der DDR gekommen sei, sei dieser für viele nicht genug wahrnehmbar gewesen, und so könne es zu jener merkwürdigen DDR-Nostalgie kommen, betonte Scharf.

Etwas optimistischere Perspektiven, soweit es die PDS und ihre Zukunft betrifft, vermittelte Rainer Eppelmann. Er führt ihre Stärke vor allem auf die noch erhaltenen alten Strukturen und den alten Mitgliederstamm zurück. Eine Zusammenarbeit mit der PDS auf einer anderen als der kommunalen Ebene war auch für ihn kein Thema: „Die SED hatte 45 Jahre Zeit zum Regieren und zum hervorragenden Aufbau, daß sie es nun verdient hat, 45 Jahre auszuruhen.“ Ein großer Teil des Abends war gefüllt mit Eppelmans Bericht aus der Arbeit der „Enquetekommission zur Bewältigung der DDR-Vergangenheit in Deutschland“, deren Vorsitzender er war. An den Reaktionen der vielen Zuhörer - wegen guten Zuspruchs mußte die Veranstaltung kurzfristig in einen größeren Saal verlegt werden - konnte man ablesen, wie wichtig nach wie vor Informationen über die DDR-Vergangenheit sind. Ebenso

beeindruckend, weil konkret, waren Eppelmans Informationen zur Schwierigkeit der Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West, für die etwa 2,2 Billionen DM aufzubringen seien. Die spannenden und eindrucksvollen Ausführungen Eppelmans vermittelten trotz aller bedrückenden Fakten Optimismus vor dem Hintergrund der „erstaunlichen Leistungen der letzten drei Jahre“.

Picker bleibt Bezirkschef des Evangelischen Arbeitskreises

Starnberg. Als wichtiges Regulativ innerhalb der CSU hat der Bezirksvorsitzende des Evangelischen Arbeits-

kreises der CSU Oberbayern, **Rolf-Jürgen Picker**, seine Organisation bezeichnet. Auf der Bezirksversammlung ermunterte Picker die Mitglieder des Arbeitskreises, sowohl im politischen als auch im kirchlichen Bereich Flagge zu zeigen, um den evangelischen Aspekt in der CSU stärker zu betonen.

Regionalbischof **Martin Bogdahn** meinte zum Thema Kirche, daß diese nur dann eine Zukunft habe, wenn sie bereit sei, um die Menschen zu werben und die Seelsorge zu ihrem Hauptthema zu machen. Der Bischof warnte davor, die Kirche als politische Partei zu mißbrauchen. Bogdahn: „Die Kirche darf zwar ihre Stimme erheben und ihren Einfluß in der Politik geltend machen, dabei muß es aber bleiben.“

Vortragsreihe

„Das öffentliche Wirken der Kirche in Spannungsfeldern der Politik“

Referent:

Staatsminister a.D. Albrecht Martin

am 27. März 1995 um 19 Uhr,
Stendal, Hotel Schwarzer Adler, Kornmarkt 5-7

am 28. März 1995 um 19 Uhr,
Wittenberg, Paul-Gerhardt-Heim,
Paul-Gerhardt-Straße

am 29. März 1995 um 19 Uhr,
Wernigerode, Hotel Gothisches Haus,
Ritterschänke, Marktplatz

Ansprechpartner:
EAK Sachsen-Anhalt, Herr Welz,
Telefon 093 91/560-21 17

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard - Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn **Nachdruck** - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. **Papier:** 100% chlorfrei

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Zum Thema: Kirchensteuer/ Kirchenaustritte

Rundbrief Nr. 1/Februar 1995

Liebe Freunde des Evangelischen Arbeitskreises und der CDU im Kreis Pinneberg,

seit einigen Wochen informieren unsere Presseorgane die Öffentlichkeit über die stetig steigende Zahl der Kirchenaustritte. Anlaß dieser Negativmeldungen über die Entwicklung in den Kirchen ist der Solidaritätszuschlag. Ist er wirklich die Ursache oder ist er der lang geplante Anlaß zum Abschied von der Kirche?

Was drücken diese Kirchenaustritte wirklich aus?

Austritte mit der Begründung, man benötige die Kirche mit ihren Serviceleistungen nicht mehr, lassen erkennen, daß die Kirche im Leben des einzelnen keine Bindungsgröße mehr darstellt. Vielen Menschen bedeutet das Christentum nichts mehr. Sie wählen als Konsequenz den Abbruch der nur noch formalen Beziehungen zur

Kirche. Diese steigende Zahl der Kirchenaustritte signalisiert einen wachsenden religiösen Analphabetismus, der wichtige Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage stellt. Kann uns dies alles gleichgültig lassen?

Kirche ist und bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der Gemeinschaft!

Noch immer verleiht die Verkündigung des Evangeliums den mühseligen und beladenen Menschen Orientierung, Kraft, Halt, Hoffnung und Zuversicht. Wer wollte behaupten, dies alles in unserer Zeit nicht nötig zu haben? Warum haben die Sekten einen großen Zulauf und finden die Verführer mit ihren Drogenprodukten in unserer Gesellschaft eine so starke Beachtung? Warum verstärkt sich heute wieder die Frage nach dem Sinn des Lebens? Kommt hier nicht eine Suche nach dem, was uns führt und leitet zum Ausdruck? Unverändert gilt: Dort, wo der Verkündigung der frohen Botschaft Gehör verschafft wird, entfalten sich Zufluchtsorte und werden Grundlagen zu vielerlei menschlichen Kontakten gelegt. Wer anders als die Kirchen sind hier als der geeignete Ort? All dies soll nicht einen Beitrag in Form der Kirchensteuer wert sein?

Wie ist die Rolle der Kirchen in unserer Gesellschaft zu sehen?

Der Schleswiger Bischof Knuth hat sich vor Jahresfrist in einem Vortrag mit der Kirche aus der Sicht des Staates, Gesellschaft und Öffentlichkeit auseinandergesetzt und die vielfältigen kirchlichen Funktionen dargelegt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß „der gesellschaftliche Grundauftrag der Kirche heute u.a. durch den konziliaren Prozeß umfassend und präzise beschrieben ist. Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche ist in erster Linie ein Auftrag, der das Individuum dazu befähigt, auch gegen die Gesellschaft und über sie hinaus zu denken. Kirche soll zur Gewissensbildung beitragen, nicht nur so, daß sie die vorhandenen Gewissen schärft, sondern so, daß der Mensch sich überhaupt als Gewissen selbst erfährt, und auf die Instanz seines Gewissens hört.“

Hieran wird deutlich, daß den Kirchen eine besondere Bedeutung für die Werteorientierung in unserer Gesellschaft zukommt. Zudem leisten sie auf dem sozialen, diakonischen und karitativen Feld sowie im erzieherischen Bereich vorbildliche Dienste.

Hans Bleckmann, EAK-Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Pinneberg

Unsere Autoren:

Bundesminister
Jochen Borchert, MdB
EAK-Bundesvorsitzender
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Bundesministerin
Dr. Angela Merkel, MdB
Kennedyallee 5
53175 Bonn

Dr. Gerhard Voss
G.-Heinemann-Ufer 84-88
50968 Köln

Dr. Wolfgang Dertz
Konrad-Schwarz-Str. 2
34305 Niedenstein

Georg Fahrenschon
Armaberger Str. 283
53175 Bonn